

den, eine Gesundung der Reichsfinanzen davon erwarten zu wollen, ist eine pure Lächerlichkeit. Das sagt sich die Königlich Zeitung offenbar auch selbst und sie erklärt deshalb kategorisch: „Sollte trotz aller Sparjamkeit und genauester Geschäftsführung die Erschließung weiterer Mittel nötig sein, so kann als Ausgleich der unsozialen Lasten der letzten Reichsfinanzreform nur noch eine Erweiterung der Erbschaftsteuer in Frage kommen.“ Was diese nationalliberale Begeisterung für eine gerechte Verteilung der Lasten zu bedeuten hat, ist in der Kackalgerei der bürgerlichen Parteien um die sogenannte Reichsfinanzreform deutlich genug hervorgetreten. Selbst davon abgesehen, hat aber erst vor wenigen Tagen der Führer der Nationalliberalen, Bassermann, in einer Versammlung in Dresden erklärt, daß seine Partei entschlossen sei, bei der kommenden Reichsfinanzreform „nicht bloß“ indirekte Steuern zu bewilligen. Die Fraktion Drehscheibe rechnet also schon heute damit, neue Steuern auf den Massenverbrauch bewilligen zu müssen, sobald die Reichsfinanzreform eine neue „Sanierung“ notwendig macht. Diese Bereitwilligkeit wird ihr außerordentlich erleichtert werden durch das Bündnis, das unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Wahlerfolge zwischen den kapitalistischen Parteien mit Einschluß des Zentrums bis dahin zustande gekommen sein wird.

Gerade zur rechten Zeit, um die Angaben der Königlich Zeitung über die ungünstige Lage der Reichsfinanzen noch zu unterstreichen, werden jetzt die Rechnungsergebnisse der Zoll- und Steuereinnahmen für die erste Hälfte des laufenden Etatsjahres (April bis September) bekannt. Danach haben die Zölle, Steuern und Gebühren einen Ueberschuß über den Etatsansatz von 54,6 Mill. Mark erbracht, und zwar die Zölle 28,4, die Börsensteuer 17,7 Mill. Mark, die Branntweinverbrauchsabgabe 15,8 Mill. Mark, die Zucksteuer 3,2 Mill. Mark, die Erbschaftsteuer 2 Mill. Mark, die Zigaretten-, die Schaumwein- und die Lohsteuer je etwas über 1 Mill. Mark. Mindererträge ergaben: die Brausteuer 2,5 Mill. Mark, die Tabaksteuer 1,1 Mill. Mark, die Frachturkunden- und Fahrkartensteuer 0,5 Mill. Mark. Sehr erheblich ist das Minus bei den Einnahmen der Reichspostverwaltung — es beträgt 24,1 Millionen gegen den Etatsansatz. In den nicht unbedeutlichen Mehreinnahmen kommt bereits die Wirkung der neu beschlossenen Steuern zum Ausdruck, so bei der Branntweinverbrauchsabgabe, wo offenbar eine starke Voreinfuhr ausländischer Liköre stattgefunden hat und außerdem die Nachsteuerung des in den Händen der Zwischenhändler befindlichen Branntweins der Reichsstaats größere Einnahmen zugeführt hat. Auch die neubeschlossenen Stempelsteuern von Gewinnanteilschein- und Zinsbogen, von Schecks und von Grundstücksübertragungen haben annähernd drei Millionen erbracht. Trotz dieser Mehreinnahmen ist jedoch die Lage der Reichsfinanzen nicht wesentlich gebessert worden und insbesondere ist nicht entfernt daran zu denken, daß durch sie die nicht gedeckten Matrikularbeiträge für 1909 von rund 200 Mill. Mark ausgeglichen werden könnten. Dies kann um so weniger geschehen, als die zweite Hälfte des Etatsjahres voraussichtlich anstatt einer Besserung eher ein ungünstigeres Ergebnis zeitigen wird, als die erste Hälfte.

Bewerkschaftsbewegung.

Der Kampf in Schweden.

Malmo, 31. Oktober.

Kunmehr hat auch der schwedische sozialdemokratische Parteivorstand einen Aufruf erlassen, in dem auf die Grundlage hingewiesen wird, auf der jetzt die schwedischen Unternehmer den Kampf gegen die Arbeiter und deren Organisationen führen. Bisher habe ganz allein die Sozialdemokratie die gerechte Sache der Arbeiter vertreten, aber nun sei die Zeit gekommen, wo alle Bürger des Landes, unbeschadet der politischen Gesinnung, sich auf die Seite der ausgeperrten Arbeiter stellen müßten. Ein gewaltiger Volksprotest müsse in Szene gesetzt werden gegen das Vorgehen der Unternehmer, das die schwedische Nation in den Ruin stürze.

Der Aufruf macht weiter aufmerksam darauf, daß das einzige, was die Eisenwerksarbeiter verlangen, sei, freie Männer zu bleiben. Sie wollen sich nicht durch persönliche Kontrakte binden lassen, wodurch sie ge-

zwungen werden sollen, ihr einziges Recht, sich in Organisationen zusammenzuschließen, aufzugeben. Die Arbeiter verlangen, daß die Gesetze des Landes auch von den Unternehmern respektiert werden, und sie finden es unmenschlich, daß man sie zwingen will gegen Recht und Gesetz durch brutalen ökonomischen Druck.

Endlich weist der Aufruf darauf hin, daß die Unternehmer die mit den Arbeiterorganisationen eingegangenen Uebereinkommen brechen, indem sie verlangen, daß diese ohne Kündigung außer Kraft gesetzt werden sollen. Bei Abschluß des Uebereinkommens erkannten die Unternehmer die Arbeiterorganisationen an und waren einverstanden damit, daß durch Verhandlung von Organisation zu Organisation die Arbeitsverhältnisse geregelt werden sollten. Daß nun die Arbeiter zum Austritt aus ihren Organisationen gezwungen werden sollen, bedeute einen Bruch des Uebereinkommens, um so mehr, als der ganze Kampf nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Unternehmer heraufbeschworen worden sei und die Arbeiter sich nur in der Abwehr befänden.

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an alle freigestellten Mitbürger, teilzunehmen an der über das ganze Land sich erstreckenden Demonstration gegen die rücksichtslose Gewaltherrschaft der schwedischen Unternehmerrillionäre. Diese Gewaltherrschaft resultiere in Hunger und Not und zwingt zur Massenauswanderung von tüchtigen pflichttreuen Arbeitern. Durch die Demonstration soll das schwedische Volk beweisen, daß es das Vorgehen der Aktiengesellschaftsfürsten verurteilt, die den Arbeiter zum Heloten machen wollen und das Land in anarchische Verhältnisse stürzen.

Der Abg. Eisenwerksarbeiter Rundgren hat dem König einen Bericht eingesandt, in dem er die Brutalitäten der Grubenbesitzer in seinem Wahlkreis im nördlichen Westmannaland eingehend schildert. Viele Arbeiter, die für lange treue Dienste dekoriert worden sind und solche, die während dieser Zeit körperliche Beschädigungen erlitten, liegen auf der Straße und verlangen nun öffentliche Hilfe, während die jüngeren Arbeiter auswandern. Genosse Rundgren sagt dem König zum Schluß, daß die Bevölkerung schon längst sein Eingreifen erwartet habe, nun sei es die höchste Zeit, wenn er nicht die besten Kräfte des Volkes verlieren wolle.

Dieser Brief war die Veranlassung, daß der König am Freitag den Vorsitzenden des Landesekretariats, Genossen Lindquist, und den Vorstand des Arbeitsgütervereins, Direktor v. Sydow, zu sich kommen ließ und mit ihnen um Beilegung des Kampfes verhandelte. Und gestern hat Staatsnotar Cederborg im Auftrag der Regierung beide Vertreter zu einer Zusammenkunft gebeten, um neue Friedensverhandlungen einzuleiten.

Inzwischen ist die öffentliche Meinung zuungunsten der Unternehmer umgeschlagen. Selbst die Blätter, die bisher deren Maßregeln verteidigten, sagen jetzt, daß es eine unkluge Politik sei, die den Unternehmern die Sympathie rauben müsse. In den ersten 5 Tagen sind 100 000 Kronen eingegangen, die zum Ankauf von Land für die Arbeiter verwendet werden sollen, um diese sesshaft zu machen und von der Auswanderung abzuhalten. Auch die Stockholmer Straßenbahngesellschaft wollte 25 000 Kronen als Darlehen zu diesem Zweck geben, doch ist man über diese Schabigheit der Gesellschaft sehr entrüstet. Die früheren Straßenbahngesellschaften haben denn auch das Darlehen abgelehnt. Alles in allem genommen sind die Aussichten der Arbeiter zu einem guten Ausgang des Kampfes bedeutend gestiegen und das tapfere Aushalten in diesem schweren Kampfe wird doch noch befriedigende Resultate zeitigen.

Der wegen der Bombenattentate in Stockholm und Gothenburg in London verhaftete Ingenieur Ekenberg, dessen Mitschuldige man noch immer sucht, wird jetzt auch noch des Giftmords beschuldigt, begangen an seinen beiden Frauen. Ekenberg war zweimal verheiratet, aber seine Frauen starben kurz nach der Heirat. Die Gerichtsverhandlungen — wenn es soweit kommen wird — werden wohl ergeben, welches Schœufal sich die Unternehmer als Helfershelfer gegen die Arbeiter gedungen haben in diesem Dr. phil. Ekenberg. Bewunderlich muß es erscheinen, daß die schwedische Regierung es gar nicht so eilig hat mit der Auslieferung Ekenbergs.

Wer das für Sanftmut hielt, war grob im Irrtum; der hochwürdige Herr hatte ein zorniges Gemüt und verzicht keine Beleidigung. Jedoch er wußte, daß man dem Feind am meisten schadet, wenn man die günstige Stunde abwartet.

Unter den Vertrauten des Pfarrers führte der Hierangl das lauteste Wort.

Seit vielen Jahren lebte er in Feindschaft mit dem Schuller; er hatte einen Prozeß gegen ihn verloren, und in der Wut darüber hatte er gesagt, daß der Schuller seine Zeugen zum Meineid verleitet habe. Deswegen wurde er wegen Beleidigung acht Tage lang eingesperrt und mußte obendrein sehen, daß ihm die achtbaren Männer in der Gemeinde nicht recht gaben. Sie wählten seinen Feind zum Beigeordneten. Seit der Zeit trat er ihm in den Weg, wo er konnte; und wie der Schuller gegen den Pfarrer antritt, war der Hierangl, von selber auf der geistlichen Seite. Sein Zorn wuchs, weil er nichts ausrichten konnte, und er ließ sich ein paarmal hinreißen, daß er dem Beigeordneten schlechte Dinge nachsagte. Hinterdrein mußte er sie vor dem Bürgermeister abbiten und froh sein, wenn ihn der Schuller nicht wieder verklagte.

Jetzt, meinte der Hierangl, wäre die Zeit gekommen, daß man die alte Schuld heimzahlen könnte, und der Pfarrer sollte mit Gericht und Advokaten über den Schuller eintrüben.

Aber der hochwürdige Herr verwies ihm seine Festigkeit und sagte, daß er mitnichten so verfahren wolle; jedoch, wenn der Schuller in seinem schlechten Sinne beharre, werde er auf andre Weise gegen ihn einschreiten und als Seelsorger bedacht sein, daß nicht die Gemeinde zu Schaden käme.

Da merkte der Hierangl gut, daß seinem Feinde nichts geschenkt bleibe.

Auch andre glaubten das, und der Haberschnaider warnte den Schuller mehr wie einmal.

„Du sollst di nit a so auslassen,“ sagte er, „du kennst inder Pfarrer z'weni. Hör'n tuat er alles, und vergessen gar nix, und bal't as amal gar it moan't, werf' as mit Schaden inne wer'n.“

„Der to mi gar nix macha; auf den paß' i scho lang nimma auf.“

„Ja, mei Liaba, dös sagst du a so; aba du darfst it vagesien, Hefser hat er grad' g'nua, und schlauch is er aa.“

„Dös derf' er scho sei. Woast, Haberschnaider, daß er mi it mog, dös woast i guat g'nua, aba i fürcht eahm it, und seine Hefser scho gar it.“

Das sagte der Schuller, weil er tat, was recht war. Aber er mußte bald sehen, daß man nicht Herr ist über alles, was geschieht.

Eines Abends, wie er daheim lag, rückte seine Bäuerin mit der Reuigkeit heraus. Die Ursula sei in der Hoffnung vom Hierangl Kaver.

Das erste war zuwider genug. Eine Bauerntochter soll mehr auf sich halten wie eine Dienstmagd, aber das zweite machte die Sache schlecht.

Wäre es ein anderer gewesen, der hätte geheiratet oder geschilt, und weil die Ursula sonst ein arbeitsames Weibsbild war, hätte sie wegen dem Kind noch einen jeden heiraten können.

Aber der Hierangl hängt ihr Schande an, das war einmal gewiß. Den Jungen hekte der Alte auf, wenn es das noch brauchte.

„Hätt'ft besser aufpaßt!“ schrie der Schuller, „ich werf' seh'n, wia's geht. Der Tropf, der jagt ins aa no eini ins G'reb. Dem is nix z'schlecht. Daß du gor it aufpaßt? Für was bist denn du d' Muatta?“

„Da to'ft leicht aufpassen, wann mi nix denkt, I woach

Deutsches Reich.

Zum Bergarbeiterstreik in Mansfeld.

Sofort nach Eintreffen des Militärs im reichstreuen Streikgebiet wurde im Gebirgskreis Mansfeld die Polizeistunde für die Wirtschaften in den Städten Mansfeld und GutsMuth auf 11 Uhr, in den Dörfern auf 10 Uhr herabgesetzt, ohne daß auch nur die geringsten Ausschreitungen vorgekommen wären, während im Bezirk Mansfeld-Gieselben keinerlei Verkürzung der Polizeistunde eingetreten ist, obgleich gerade im Gebiet der größten Bergmannsbörse (Selb, der Hauptbergmannsbörse), liegen. Aber immerhin ging die Regierung des Gebirgskreises zunächst einheitlich vor, bestimmte für alle Wirtschaften ohne Ausnahme die Verkürzung der Polizeistunde, die ohne große Aufregung mit Kopfschütteln hingenommen und gegen die von der Streikleitung auch nichts eingewendet wurde. Jetzt aber ist den Wirtschaften, in denen Streikbureaus untergebracht sind oder Versammlungen abgehalten werden, die Polizeistunde auf 8 Uhr abends herabgesetzt worden, und zwar laut folgender Verfügung:

Leimbach, 30. Oktober 1909.

Auf Grund der Vorschriften des § 10 des Allgemeinen Landrechts II, 17, sehen wir die Polizeistunde für Ihr Lokal auf 8 Uhr abends fest. Diese Verfügung wird nach Maßgabe der Bestimmungen des § 53 des Landesverwaltungs-gesetzes für sofort vollstreckbar erklärt.

Weitere Verkürzungen der Polizeistunde bleiben vorbehalten. Die Polizeiverwaltung. Ziegler.

Mit diesem Ukas, den nicht etwa ein russischer Gouverneur erlassen hat, sondern eine preußisch-deutsche Polizeiverwaltung, soll das bisherige Versammlungsrecht stranguliert, die Streikbureau an die Luft gesetzt werden, um so dem bedrängten Vogelsang zu helfen, seine Bergklaven in die alte Geistesnichtigkeit und Unterwürfigkeit zurückzudrängen. Schanksperrre um 8 Uhr abends soll das Mittel sein, mit dem man die so ganz aus der Rolle gefallenen, unbotmäßigen Wirte zur alten, treuen Anhänglichkeit an Vogelsang und die Gewerkschaft zurückzwingt, nachdem alle andern Mittel versagt. Wie ist den wenigen Wirten, die ihre Lokale den Streikenden geöffnet haben, schon angelegt worden von den Behörden, der Gewerkschaft, der Geistlichkeit, daß man sich wundern muß, daß in einer solchen Gegend auch nur ein einziger Wirt standhaft geblieben ist. Da sie bisher allen Prohungen und Verlockungen widerstanden haben, werden sie auch diesen Streik aushalten. Vom Kriegerverein ist schon längst zum Vorkost aller derjenigen Wirtschaften aufgefordert worden, in denen Streikverfammlungen stattfinden, und die Militärbehörde hat in Kloster-Mansfeld die Kontrollversammlung nach in letzter Stunde aus dem Kaiser, dem Versammlungslokale, nach einem anderen Lokale verlegt, jedoch ohne den Zweck zu erreichen. Die Wirte, die ihre Lokale den Streikenden hergeben, tun das weniger aus Neigung zum Bergarbeiterverbande, auch nicht aus reinem Geschäftsinteresse, sondern hauptsächlich aus Empörung und Mut gegen die bisherigen Zustände, die sie durch den Streik zu befechtigen gedenken. Sie betrachten so den Streik als eine notwendige geistige Desinfektion gegen reichstreue Geistesvergiftung, und ihre Säle als Desinfektionsräume. Sie werden auch diesen Streik ertragen und mit den Streikenden stehen bis zum Abschluß des Kampfes.

Mit welchen Mitteln die Kreisblattspresse den Streik, besonders aber die Streikleitung, im öffentlichen Ansehen herabsetzen will, dafür liefert nachstehende Notiz des Grenzblatts einen interessanten Beweis. Es sei folgendes zu melden:

Wie mit Arbeitergroßden umgegangen wird, dafür hat man im Mansfelder Bergmannsstreik einen treffenden Beweis gehabt. Ein Agitator verfuhr, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Soldaten zum Ungehorsam zu verleiten und gab für diesen seinen Zweck 28 Mk. für Freidier aus. Ueber den Versuch selbst kann man mittelbild lächeln, wenn man die Verhältnisse des deutschen Heeres nur einigermaßen kennt; die braven Infanteristen ließen sich denn auch die gute Gelegenheit nicht entgehen und saßen die Sache humoristisch auf. Andererseits ist es aber bezeichnend, wenn für solches von vornherein völlig unsinniges Beginnen 28 Mk. zum Fenster hinausgeworfen werden.

Abgesehen davon, daß es unter den „Agitatoren“ einen solchen Esel nicht gibt, der in so albernem Maße 28 Mk. verworfen würde, wäre ihm das auch unmöglich, weil den „braven Infanteristen“ strengstens verboten ist, mit dem Zivilpaß auch nur zu sprechen, oder sonstige zu verstehen, geschweige denn, sich vom Zivilpaß besessen machen zu lassen. Die „Agitatoren“ können den „braven Infanteristen“ die Hintertläufe nicht mit Bier zuspülen, wie die Vogelsänger sie damit auch nicht zum Knallen bringen. Ort und Stelle, wo die Arbeitergroßen verzehrt worden sein sollen, wie auch der Name des „Agitators“ wird nicht genannt, und so erklärt die Streikleitung den Schreiber dieser Notiz solange für einen gewissenlosen Verleumder, bis er Namen, Ort und Zeit des Vorgehens genau angibt.

Die Bergarbeiter gegen den Arbeitsnachweis des Zechenverbandes.

Am Sonntag fanden im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier eine Reihe Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem Thema: Das Attentat auf das Freizügigkeits- und Organisationsrecht der Bergarbeiter beschäftigten. In den Versammlungen

it, wia sie so dumm g'wen is; da, frag's selm!“ sagte die Schullerin, weil die Ursula hereinkam.

Sie blieb an der Türe stehen und schaute verlegen hinein.

„Was hat mi denn d' Muatta g'sagt?“ fragte der Schuller; „daß du di mit'n Hierangl ei'lassen host? Is dir der Schlechtest g'rad recht g'wen? Hab i net allmal g'sagt, 's lufcht sei verbtat i dir net, aba du muacht wissen, bei wem d' bist?“

„So schrei do it gar a so!“ wehrte die Schullerin ab; „du muacht do auf de Neantbot'n an Obacht ham!“

„Hätt' ös z'erst an Obacht g'habt! Jesh is scho z'pat; de Leut wern si bald g'nua vom Hierangl hör'n; halt du no net g'redt mit eahm? Hast as eahm du no net g'sagt?“

„Jo. I ho's eahm scho z'wissen g'macht.“

„Und was sagt er naha?“

„Wegschwör'n will er sie; aber dös so er durchaus gar it.“

„Ja, do werd er di frag'n, du Vall'n, du Dappige. Geh in Stall aufi, finst schlag i dir's Kreuz o, du Hertzgottsaframent!“

„Er hat mi 's Heirat'n g'hoafen.“

„De Dumma hoacht ma viel und lacht's aus. Host'n du net kennt, den? Host du dahoam net allamei g'hört, was des für Leut san?“

„Wann er ihr 's Heirat'n g'hoafen hat, naha muach er do b'steh drauf,“ mischte sich die Schullerin ein. „Gib's denn do gar lsa G'feh?“

„Host ja g'hört, daß er si wegswör'n will. Der werd sie scho was z'jammlig'n, daß sie mit Schanden dosteht. Dös hätt' si de Loas z'erst denka finna. Jetzt geh aufi in Stall!“

Ursula drümmte vor sich hin und ging.

(Fortsetzung folgt.)